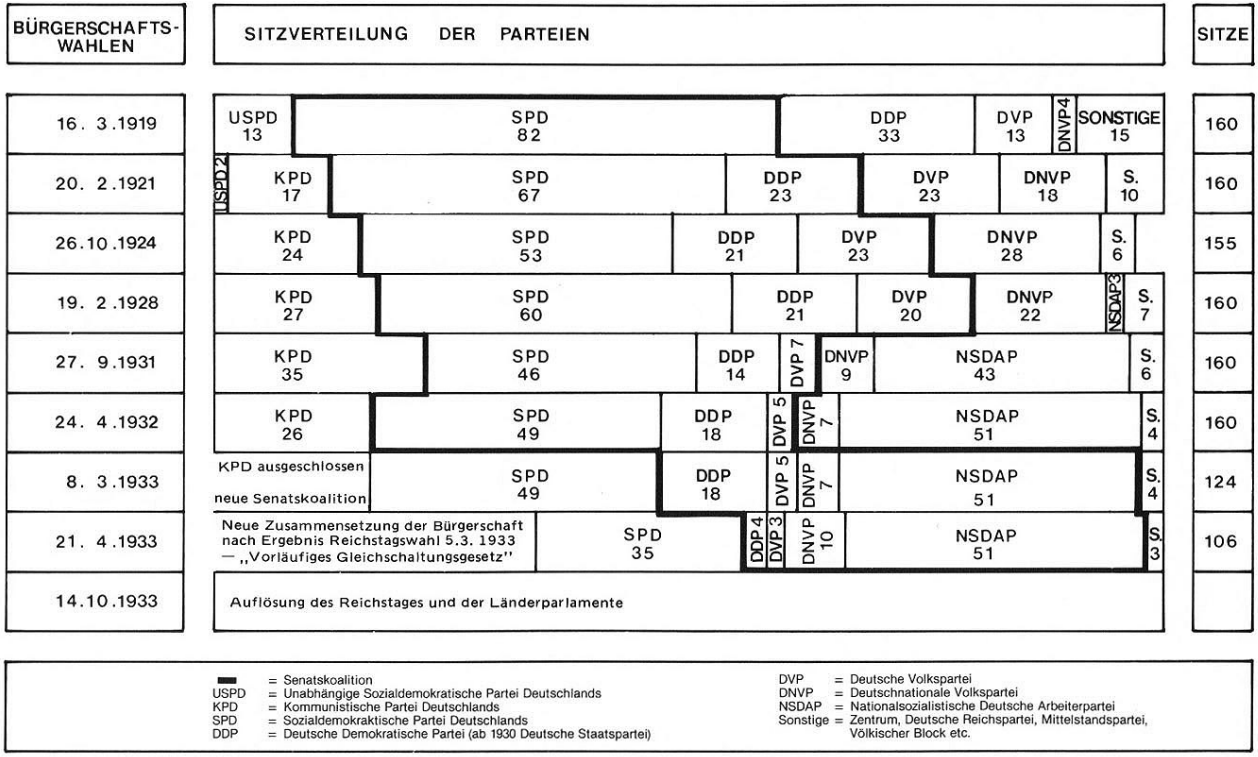
f) Gefallenenehrung in Hamburg nach dem Ersten Weltkrieg

Die Geschichte der Gefallenenehrung in Hamburg nach dem Ersten Weltkrieg ist gekennzeichnet durch Auseinandersetzungen um verschiedene Denkmalprojekte und Ehrungsformen. Sollte ein Denkmal auf dem Ohlsdorfer Friedhof, im Stadtpark oder in der Innenstadt errichtet werden? Sollte überhaupt ein Denkmal gebaut oder sollten nicht besser die von den Folgen des Krieges Betroffenen sozial unterstützt werden?

Hinter den unterschiedlichen Projekten und Positionen standen jeweils verschiedene politische Gruppierungen. Auch die Hamburger Behörden waren bei Denkmalplanungen dieser Größenordnung nicht zu umgehen: sie mußten den Standort bewilligen, die Sammlungen genehmigen, eine Baugenehmigung erteilen. Ob und wie die einzelnen Bauvorhaben ausgeführt wurden, hing daher von den politischen Kräfteverhältnissen in Hamburg ab.

Es ist deshalb sinnvoll, den Ausführungen zur Geschichte der Gefallenenehrung ein Schaubild über die Sitzverteilung in der Hamburger Bürgerschaft während der Weimarer Republik voranzustellen (17).

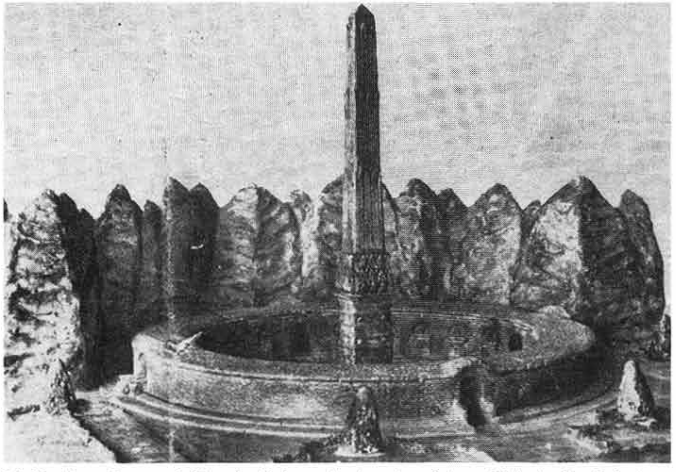


Bei den ersten Wahlen zur Bürgerschaft im März 1919 errang die SPD die absolute Mehrheit. Bis 1933 blieb sie die stärkste Senatspartei. Bei den Wahlen ab 1921 verlor sie jedoch an Stimmen, so daß sie Koalitionen mit der bürgerlich-liberalen DDP und seit 1925 auch mit der bürgerlich-konservativen DVP eingehen mußte. Von 1924 bis 1933 stand Bürgermeister Petersen (DDP) an der Spitze des Hamburger Senats. Da er in zunehmendem Maße eine betont bürgerliche Politik betrieb, sah sich die SPD veranlaßt, ihm ab 1928 den sozialdemokratischen Bürgermeister Roß zur Seite zu stellen. Die rechte Opposition gegen den Senat wurde lange Zeit von der DNVP angeführt. Der große Aufstieg der NSDAP begann Anfang der 30er Jahre, als sich die Wirtschaftslage rapide verschlechterte.

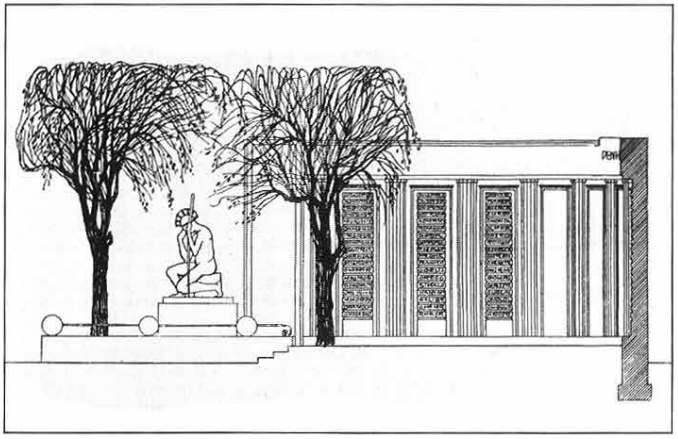
Planungen zur Gefallenenehrung setzten schon im August 1914 in Hamburg ein. Die ersten Toten in den Kriegslazaretten zwangen die Behörden, Überlegungen anzustellen, wo und wie sie beizusetzen seien. Man einigte sich schließlich auf einen Platz für den geplanten Kriegsehrenfriedhof im Bramfelder Erweiterungsgebiet des Ohlsdorfer Friedhofes. Friedhofsdirektor Cordes schrieb im Oktober 1914 bei der Projektvorlage: „Beide Anlagen (die für die deutschen Gefallenen und die Gefallenen anderer Nationalitäten, d. Verf.) müssen durch Lage und Ausstattung der Ehrung und weiter dem religiösen Empfinden Ausdruck geben. Es ist anzunehmen, daß für die deutschen Krieger ein Monument von Seiten der Bevölkerung gewidmet wird." (18) Dementsprechend sahen die vorgelegten Pläne an zentraler Stelle einen besonderen Platz für ein Denkmal vor.

Noch Ende des Jahres 1914 – der Kriegerehrenfriedhof nahm langsam Konturen an, da immer mehr Tote beigesetzt wurden – beschloß die Friedhofsdeputation, die Kriegergräber einheitlich zu bepflanzen und staatlicherseits dauernd zu unterhalten. Dabei war die Absicht der Behörde deutlich erkennbar, hier nur eine zentrale Gefallenenehrung in Denkmalform zuzulassen (19).

Anfang 1915 schrieb der Hamburger Architekten- und Ingenieurverein einen Wettbewerb für ein Grabdenkmal auf dem Kriegerehrenfriedhof in Ohlsdorf aus. Dies war einer der ersten großen Wettbewerbe für eine solche Aufgabe, die nun überall in Deutschland heftig diskutiert wurde (20). 67 Entwürfe konnten im März 1915 vom Preisgericht begutachtet werden. Der erste Preis wurde Walther Puritz zugesprochen, der seinen



16 Puritz: Entwurf für ein Kriegerdenkmal auf dem Ohlsdorfer Friedhof (1. Preis), 1915



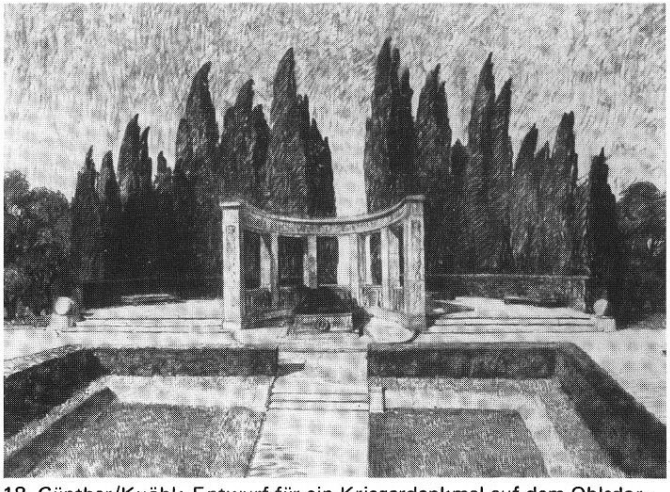
17 Koch/Kuöhl: Entwurf für ein Kriegerdenkmal auf dem Ohlsdorfer Friedhof (ein 2. Preis), 1915

Entwurf (Abb. 16) folgendermaßen erläuterte: „Ein Schutzwall von Heldengräbern umringt das fest und sicher dastehende deutsche Vaterland, einen mit Friedenspalmen geschmückten Obelisken " (21). Dieser Entwurf fand nicht überall Zustimmung (22). Alle prämierten Entwürfe dieses Wettbewerbs wurden der Friedhofsdeputation „für bessere Zeiten" übergeben (23).

Auch Richard Kuöhl, der 20 Jahre später das 76er-Denkmal ausführte, beteiligte sich mit zwei Arbeiten an diesem Wettbewerb, einmal zusammen mit dem Architekten Hugo Koch (diese Arbeit bekam einen zweiten Preis) – ein knieender, antikisierter Krieger (Abb. 17) – und einmal in Zusammenarbeit mit Camillo Günther – ein liegender Krieger (Abb. 18) vor einem halbrunden Pfeilerbau.

Während der Kriegszeit wurde in Hamburg die Diskussion über die Gestaltung von Kriegerdenkmälern weitergeführt (24), wobei der Vorschlag von Baudirektor Fritz Schumacher, den Platz vor dem Wasserturm im Stadtpark zu einer Denkmalanlage umzugestalten (Abb. 19), größere Beachtung fand.

Konkrete Pläne konnten jedoch noch nicht vorgelegt werden, da die Gestaltung des offiziellen Gefallenendenkmals in Hamburg vom Ausgang des Krieges abhängig war. Einzelwünsche für Sonderehrungen in Denkmalform gab es von begüterten Privatpersonen, aber die Absicht der Behörde, die Gefallenenehrung einheitlich zu gestalten, verhinderte deren Verwirklichung. Nach Kriegsende traten diese Sonderwünsche verstärkt wieder auf, diesmal getragen von den verschiedensten Vereinen und Kameradschaftsverbänden.



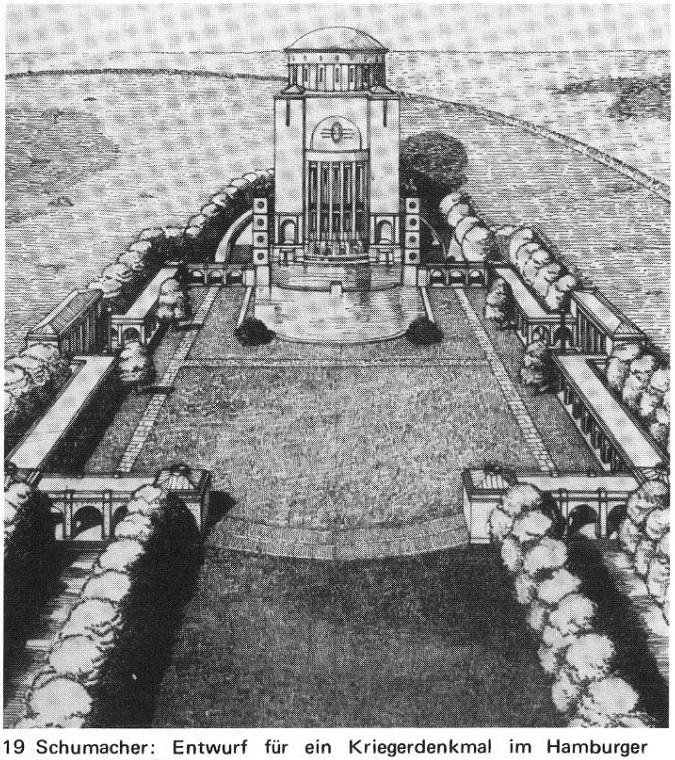
18 Günther/Kuöhl: Entwurf für ein Kriegerdenkmal auf dem Ohlsdorfer Friedhof (ein 3. Preis), 1915

Im Februar 1919 stellte Puritz an die Friedhofsdeputation den Antrag, seinen prämierten Entwurf von 1915 nun auszuführen (25). Er erhielt eine ausweichende Antwort. Im Juni 1919 wurden offizielle Stellen erneut mit der Frage der Hamburger Gefallenenehrung befaßt. In der Bürgerschaft fand eine aufschlußreiche Debatte darüber statt, wie die „richtige" Gefallenenehrung auszusehen habe (26). Dabei standen sich Positionen der Linken, die ein Antikriegsdenkmal wünschten, und der Rechten, die ein nationalistisches Erbauungsmal forderten – „damit unser Vaterland lebe und wieder kräftiger wird" (27) – unversöhnlich gegenüber. Nach heftiger Debatte einigte man sich schließlich darauf, einen Ausschuß zu bilden, der die Frage nach einem Denkmal für die Revolutionsopfer (28) und die nach einem Denkmal für die gefallenen Hamburger prüfen sollte. Im Gegensatz zu 1914 wurde es nun für selbstverständlich gehalten, daß der Staat einen entscheidenden Beitrag zur Gefallenenehrung zu leisten habe.

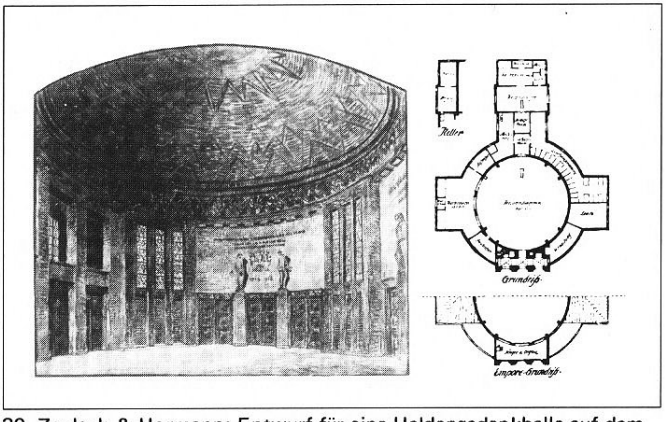
Nach dieser Debatte wandte sich Pastor Andresen als Vertreter der Kirche im Juli 1919 an die Friedhofsdeputation, und schlug die Errichtung einer „Gedenkhalle" vor (29). Diese Anregung stieß auf lebhafte Zustimmung. Mit Unterstützung der Behörden konstituierte sich ein „Ausschuß zur Errichtung einer Heldengedenkhalle", in dem neben Privatpersonen auch die Behördenspitzen repräsentativ vertreten waren. Diese Heldengedenkhalle sollte die Funktion einer Hamburger „Gesamtkriegerehrung" übernehmen. Der Senat wartete zunächst ab, wie sich dieses Projekt entwickelte (30).

Von den ersten Sammlungsgeldern für diese Halle wurde Anfang März 1921 ein „Wettbewerb zur Erlangung von Vorentwürfen für ein Heldengedenkmal mit Ehrenfriedhof für die Kriegsteilnehmer" ausgeschrieben, zu dem 70 Entwürfe eintrafen. Ein erster Preis wurde nicht vergeben, das Architektenteam Zauleck & Hormann (Abb. 20) und Schmarje erhielten je einen zweiten, Puritz einen dritten Preis (31). Noch 1921 fand unter den Preisträgern ein zweiter, engerer Wettbewerb statt, den Puritz gewann. Auf der Grundlage seines Entwurfs (Abb. 21) und in Abstimmung mit den Bedürfnissen der Friedhofsbehörde sollte ein ausführbares Projekt erarbeitet werden.

Den staatlichen Stellen war diese Entwicklung nur recht. Sie konnten jederzeit Einfluß auf das Projekt nehmen und die Wünsche nach Vereins- und Regimentsdenkmälern mit dem Hinweis auf die geplante, gemeinsame Hamburger Gefallenenehrung ablehnen. Dahinter standen auch politische Überlegungen. Die SPD als stärkste Senatspartei wollte nur möglichst wenige Kriegerdenkmäler in Hamburg zulassen, waren doch Denkmäler dieser Art bevorzugte Versammlungsstätten für nationalistische Gruppierungen.



19 Schumacher: Entwurf für ein Kriegerdenkmal im Hamburger Stadtpark, 1916

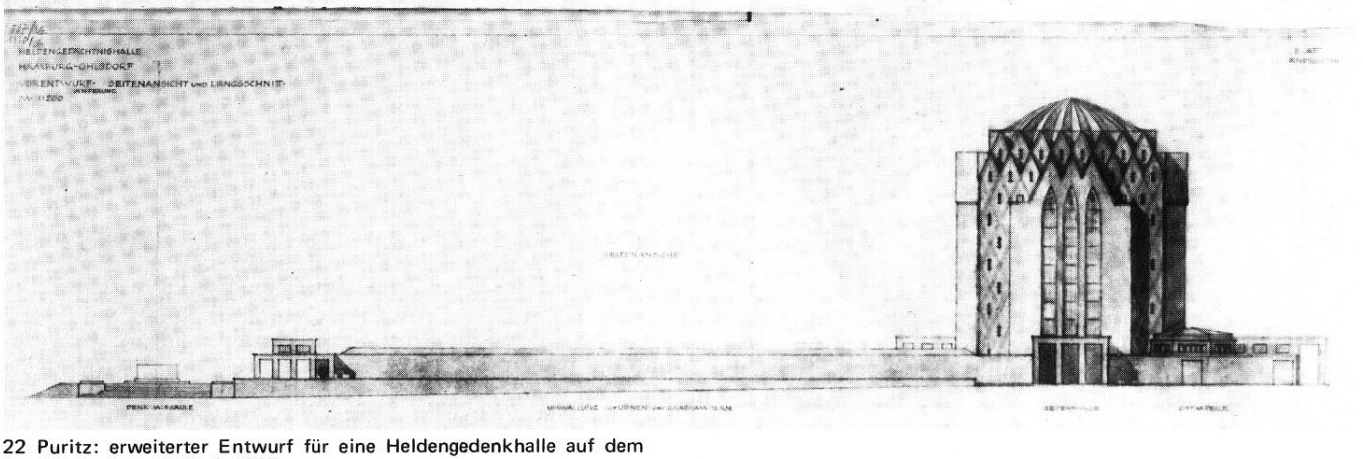


20 Zauleck & Hormann: Entwurf für eine Heldengedenkhalle auf dem Ohlsdorfer Friedhof (ein 2. Preis), 1921

21 Puritz: Entwurf für eine Heldengedenkhalle auf dem Ohlsdorfer Friedhof, 1921

Puritz mußte sein Projekt mehrfach umarbeiten, bis es im Mai 1926 dem Senat vorgelegt werden konnte (Abb. 22). Eine Prüfung ergab, daß die Ausführung dieses großen Projekts 2,6 Millionen Reichsmark kosten würde, worauf der Plan vordergründig mit Hinweis auf die hohen Kosten abgelehnt wurde (32). Dies konnte umso leichter geschehen, da in der Zwischenzeit z.B. das „Friedenskartell Groß-Hamburg" und verschiedene Kriegsopferorganisationen beim Senat gegen die Verschwendung einer so hohen Summe für ein Kriegerdenkmal protestiert und gleichzeitig auf die Not der Kriegshinterbliebenen hingewiesen hatten. Die Entscheidung gegen die Heldengedenkhalle war zwar gefallen, das Problem der Hamburger Kriegerehrung damit jedoch noch nicht gelöst.

Im November 1926 stellte die DDP-Fraktion in der Bürgerschaft den Antrag, auf dem Ohlsdorfer Soldatenfriedhof einen „einfachen Denkstein" zu errichten. Für die Innenstadt wurde ein „schlichtes Denkmal" gewünscht, für dessen Gestaltung ein Wettbewerb unter den deutschen Künstlern ausgeschrieben werden sollte. Darüberhinaus wurde als neuer Gesichtspunkt die soziale Sicherung der Kriegshinterbliebenen angesprochen (Forderung nach preiswerten Wohnungen für Schwerkriegsbeschädigte). Dieser Antrag leitete eine neue Initiative zur Klärung der Frage der Hamburger Gefallenenehrung ein, die schließlich mit dem Denkmal an der Schleusenbrücke (Rathausmarkt/Kleine Alster) ihren sichtbaren Abschluß fand.



22 Puritz: erweiterter Entwurf für eine Heldengedenkhalle auf dem Ohlsdorfer Friedhof, 1925